

Hefte aus Burgscheidungen

Winfried Wiesemüller

Brot für alle!

Probleme und Erfordernisse der Welternährung



258

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Hefte aus Burgscheidungen

Winfried Wiesemüller

Brot für alle!

Probleme und Erfordernisse der Welternährung

ISSN 0440-5862
ISBN 3-372-00161-3

1. Auflage · Heft 258 · 1988
Ag-Nr. 224/120/88
702 633 9
00050

1988

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Dr. agr. habil. Winfried Wiesemüller ist a. o. Professor für Tierernährung und Tierfütterung an der Sektion Tierproduktion der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock und Mitglied des Bezirksvorstandes Rostock der CDU.

1. Hunger und Unterernährung – ein Problem von globaler Bedeutung

Heute besitzen Hunger und Ernährungsfrage in den Entwicklungsländern den Rang eines globalen Menschheitsproblems. Weithin ist das mit der Erkenntnis verbunden, daß weniger die physische Knappheit an Nahrungsmitteln die Hauptursache für den Hunger ist, sondern daß dieses Phänomen mehr ein Verteilungs- denn ein Produktionsproblem darstellt, daß Massenhunger und Unterernährung eng mit der Armut verbundene Erscheinungen sind. Brüderliche Solidarität, so hat der 16. Parteitag der CDU erklärt, verbindet uns christliche Demokraten mit den Völkern in den Entwicklungsländern, mit allen, die dort für nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpfen.

In immer stärkerem Maße stellen sich Kirchen und Christen auf allen Kontinenten hinter das Verlangen nach Lösung dieser Probleme, nach Frieden, Entwicklung und Solidarität. Verwiesen sei hier auf das ökumenische Dialogtreffen in Assisi, auf die jüngste Jahrestagung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen, auf die Aktivitäten des lutherischen Weltendienstes in Äthiopien sowie auf die Aktion „Brot für die Welt“ und das bischöfliche Werk „Not in der Welt“ der Kirchen unseres Landes.

„Die fundamentalen Glaubenssätze der kirchlichen Lehre verlangen dringend nach einem tieferen Verständnis dafür, wie benachteiligt viele Menschen in dieser interdependenten Welt sind“, schreiben die katholischen Bischöfe der USA in ihrem Hirtenbrief „Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle“. In seiner Enzyklika „Sollicitudo – Besorgnis über die sozialen Probleme“ verweist Papst Johannes Paul II. darauf, daß eine Trennung der Welt in Satte und Hungrige, Besitzende und Beraubte mit dem Frieden in der Welt unvereinbar ist. Während seiner letzten Reise nach Bolivien erklärte er: „Die enorme Armut vieler Länder ist eine Schande für die ganze Menschheit und unvereinbar mit dem Willen Gottes, demzufolge alle gerecht und gleich an den Gütern der Schöpfung teilhaben sollen. Entwicklung ist eine unverzichtbare Voraussetzung für Frieden. Dabei gilt es, das Streben nach immer mehr wirtschaftlichem Wachstum nicht über die gerechte Verteilung der Güter dieser Welt zu stellen.“

Verzweifelte Lage in vielen Entwicklungsländern

Die Hälfte der Weltbevölkerung, fast 2,5 Milliarden Menschen, lebt in Ländern mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von höchstens 400 Dollar. Mindestens 800 Millionen Menschen in diesen Ländern leben in absoluter Armut, unterhalb dessen, was man noch als menschlich zumutbar bezeichnen kann. Über eine halbe Milliarde Menschen sind chronisch unterernährt; dazu kommen ebensoviele, die unter Mangelernährung leiden. Diese Schätzungen der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) findet man ebenso in Fidel Castros Bericht an die VII. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen (Delhi 1983) wie auch in dem 1986 erschienenen Hirtenbrief der USA-Bischöfe.

Insgesamt ist also eine Milliarde Menschen betroffen, ein Fünftel der Menschheit, die Hälfte der Bürger in den Entwicklungsländern. Nahrungsmittelmangel bleibt nicht ohne Folgen. Jährlich sterben an ihm 30 bis 40 Millionen Menschen. Nach Angaben des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen (UNICEF) kostet diese stille Katastrophe in jeder Woche je 280 000 Kindern das Leben. Nach Schätzung der Weltgesundheitsorganisation kommen infolge unzureichender Ernährung im Mutterleib in Indien und Südostasien 30 Prozent der Babies bereits untergewichtig zur Welt. Etwa zwei Drittel der 80 Millionen Kinder, die jährlich in den Entwicklungsländern geboren werden, leiden an Krankheiten, die durch Unter- oder Mangelernährung verursacht bzw. begünstigt werden, und bleiben in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung zurück. In den Regionen mit der Eiweißmangelkrankheit Kwashiorkor ist die Sterberate unter den Kindern stark erhöht. Allein in den fernöstlichen Entwicklungsländern erblinden jährlich über 100 000 Kinder infolge unzureichender Vitamin-A-Versorgung.

Ernährung und Leistungsfähigkeit stehen in einem kausalen Zusammenhang. Die Annahme, daß die wenig ausdauernde Bevölkerung in vielen Entwicklungsländern arbeitsscheu und unaufmerksam sei, ist oft ein Mißverständnis hinsichtlich des diesen Menschen überhaupt möglichen Arbeitspensums. Vier bis fünf Stunden tägliche Arbeit sind manchmal das äußerste, was ihnen der Energie- und der Eiweißgehalt ihrer Nahrung zu leisten erlauben. In diesem Falle ist der Widerwille gegen weitere Arbeit nichts anderes als eine Schutzmaßnahme des Körpers gegen den bedrohlichen Abbau seiner Substanz.

Aber auch in Ländern, in denen nach Aussage der Statistik eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung gesichert ist, leben große Bevölkerungsteile wegen der ungleichen Vertei-

lung unterhalb des ernährungsphysiologischen Existenzminimums. Statistische Durchschnitte verschleiern auch hier die wirkliche Situation, die durch eine breite Schicht unzureichend ernährter auf der einen und eine relativ kleine Gruppe ausreichend bzw. sogar überernährter Menschen auf der anderen Seite charakterisiert ist. Im zitierten Bericht Fidel Castros an die VII. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen wurde festgestellt, daß in 23 untersuchten Ländern auf 40 Prozent der Bevölkerung nur 1,9 bis 10,4 Prozent des Einkommens entfielen, während zehn Prozent der Bevölkerung 27,5 bis 50,2 Prozent des Gesamteinkommens vereinnahmten. 24 Prozent der Menschen in diesen Ländern hatten ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von unter 150 Dollar.

Spürbare Verbesserungen des allgemeinen Ernährungsniveaus zeichnen sich in jenen Ländern ab, die im Rahmen des von ihnen eingeschlagenen Weges konsequenter gesamtgesellschaftlicher Veränderungen die sozialen und ökonomischen Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß die Versorgung aller Bevölkerungsschichten mit Grundnahrungsmitteln gesichert wird. Das zeigt der Vergleich zwischen Kuba und Brasilien, die Mitte der siebziger Jahre mit 11,3 MJ (Megajoule, 2700 kcal) das gleiche statistische Pro-Kopf-Energielevel aufwiesen. Während aber im sozialistischen Kuba alle Bevölkerungsschichten in der Lage waren, ihren Grundbedarf an Nahrungsmitteln zu decken, litten weit mehr als die Hälfte der Einwohner Brasiliens an chronischer Unterernährung. Heute liegt der Versorgungsstandard Kubas weit über dem Durchschnitt lateinamerikanischer Länder.

Während in China 1960/61 infolge von Mißernten noch einige Millionen Menschen dem Hungertod erlagen, ist es im Ergebnis der Agrarumgestaltung gelungen, eine Wachstumsrate der Nahrungsmittelproduktion zu erreichen, die über derjenigen der Bevölkerung liegt. Eine wichtige Voraussetzung ist das gestiegene Niveau der Produktion von Getreide und Sojabohnen; 1987 wurden 400 Millionen Tonnen Getreide und 11 Millionen Tonnen Soja geerntet. Dadurch und mit Hilfe eines entsprechenden Verteilungssystems wurden günstigere Voraussetzungen dafür geschaffen, daß heute der Mindestbedarf an Nahrungsmitteln nicht nur erzeugt, sondern zunehmend auch gedeckt werden kann.

Ursachen von Hunger und Unterernährung

In fast allen Entwicklungsländern liegen die durchschnittlichen Flächenerträge der meisten Kulturpflanzen für die

eigene Ernährung nur bei 20 bis 30 Prozent der Erträge in intensiv bewirtschafteten Landwirtschaftsbereichen, wobei sich die Erträge in den letzten 30 Jahren kaum erhöht haben. Die zahlenmäßig dominierenden Bodenbearbeitungsgeräte der Weltlandwirtschaft des 20. Jahrhunderts unterscheiden sich wenig von denen der alten Hochkulturen vor einigen tausend Jahren. Ein großer Teil der Bauern im subsaharischen Afrika, aber auch in manchen asiatischen Ländern bearbeiten den Boden oft nur mit einem hölzernen Haken. Falls die Bauern eiserne Pflüge haben, ziehen sie diese selbst über den Acker, weil sie kein Zugvieh besitzen. Wenn Zugvieh vorhanden ist, ist es oft wegen Unterernährung nur begrenzt einsatzfähig.

Nur in den Industriestaaten und einigen kapitalistischen Plantagen und Farmbetrieben wird heute eine überwiegend moderne und effektive Bodenbearbeitung vorgenommen. Eine ausreichende Grünlandpflege besteht nicht einmal in den meisten Industriestaaten. Da chemische Düngemittel in vielen Entwicklungsländern für die eigene Nahrungsmittelproduktion kaum angewandt werden können, müssen große Teile des kultivierbaren Landes abwechselnd in Brache liegen. Dadurch verringert sich die bebaute Fläche. Es ist naturwissenschaftlich nicht zu leugnen, wenn im Zusammenhang mit der Düngung landwirtschaftlicher Kulturpflanzen einmal gesagt wurde, daß in vielen Teilen der Erde die Kausalkette des Hungers mit den hungrigen Pflanzen beginne.

Hierbei darf jedoch ein gesellschaftlicher Aspekt nicht übersehen werden. Hunger und Unterernährung in Entwicklungsländern sind vom System des Kapitalismus nicht zu trennen. Die historischen Wurzeln reichen bis in die Kolonialperiode zurück. Mit der Unterordnung der Landwirtschaft unter die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals wurden die Kolonien und abhängigen Länder dazu degradiert, die „Mutterländer“ mit bestimmten Nahrungs- und Genußmitteln sowie landwirtschaftlichen Rohstoffen zu versorgen.

Die imperialistischen Staaten haben in den von ihnen beherrschten Kolonien vielfach die alten Anbaustrukturen der einheimischen Bevölkerung zugunsten ausgedehnter Exportkulturen zerstört. Damit wurden auch die herkömmlichen und z. T. sehr gesunden Kostformen vernichtet, und es traten verbreitet starke ernährungswirtschaftliche Schäden auf, die bis zu ausgesprochenen Hungersnöten reichten. Zwar ging in den sechziger Jahren die Epoche des Kolonialismus zu Ende, doch sind viele junge Nationalstaaten auch gegenwärtig noch auf wenige Kulturen spezialisiert, eine Folge der weiter andauernden ökonomischen Bindung und Abhängigkeit von kapitalistischen Ländern.

Landwirtschaftliche Produkte bilden allgemein den wichtigsten Exportanteil der Entwicklungsländer. In den letzten 25 Jahren ist auf dem kapitalistischen Weltmarkt ein z. T. starker Rückgang der Preise für fast alle landwirtschaftlichen Produkte (außer Getreide) eingetreten. Die betroffenen Entwicklungsländer müssen ihre Ausfuhren beträchtlich steigern, um die gleichen Exporterlöse zu erzielen. Dieser Zustand wird noch dadurch verschärft, daß sich im gleichen Zeitraum die Preise für Industrierzeugnisse wesentlich erhöht haben. Die Folge ist eine Ausdehnung der Flächen für Exportkulturen zu Lasten der Flächen für Nahrungsmittelproduktion.

In einigen Ländern wurde vor allem der Anbau von Erdnüssen, Soja und anderen Kulturen für Exportzwecke stark ausgedehnt. In Senegal wachsen auf der Hälfte der bearbeiteten Fläche Erdnüsse. In Brasilien verdrängt der Sojabohnenanbau immer stärker den Anbau der schwarzen Speisebohnen, eines Grundnahrungsmittels. Die Produktion stieg von 0,7 Millionen Tonnen im Mittel der Jahre 1963/65 auf 18,3 Millionen Tonnen Sojabohnen 1985. Da diese größtenteils als Futtermittel exportiert werden, vermag die einheimische Bevölkerung daraus keinen Nutzen zu ziehen. In Thailand ist in den letzten Jahren der Anbau von Maniok stark ausgedehnt worden. Dadurch ging die Reisproduktion zurück. Maniok wird in Westeuropa als Futtermittel eingesetzt.

Stark zugenommen hat in den letzten 15 Jahren die Plantagenwirtschaft. Sie befindet sich überwiegend in den Händen ausländischer Konzerne und wird auf besten Böden unter massenhaftem Einsatz von Lohnarbeitern, Großmaschinen und Chemikalien betrieben. In Kolumbien werden auf solchen Plantagen Nelken für die Blumenläden der USA und Westeuropas angepflanzt. In Senegal dienen bewässerte Flächen den transnationalen Konzernen für die Produktion von Auberginen und Mangofrüchten, bestimmt für den Export. Während des Winters kommen große Mengen Gemüse aus Senegal nach Westeuropa; von Dezember bis Mai fliegen dreimal in der Woche die Transportmaschinen. Das Gemüse stammt von den Plantagen der Gesellschaft „Bud Senegal“, Tochter eines USA-Konzerns. Auch in anderen afrikanischen Ländern wird Gemüse für Westeuropa angebaut, so vor allem in Kenia, Ghana und Uganda. Die USA lassen über multinationale Konzerne in Mexiko Erdbeeren und Frühgemüse anbauen, da Arbeitskräfte in Mittelamerika recht billig sind. Die Produktionskosten je Kilogramm Erdbeeren belaufen sich in Mexiko nur auf die Hälfte derer im USA-Bundesstaat Florida. In Guatemala bauen USA-Gesellschaften Zuckerrohr und Baumwolle an, obwohl es dort an Getreide mangelt.

Sogar in den Dürregebieten der afrikanischen Sahelzone ist auf den verbliebenen durchfeuchteten Ländereien die Produktion von Baumwolle und Erdnüssen für die Ausfuhr erhöht worden. Tausende Hektar des in der Sahelzone ohnehin knappen Ackerlandes und ein beträchtlicher Teil der ebenfalls unzureichenden Wasserressourcen werden nicht zur Erzeugung von Lebensmitteln für die einheimische Bevölkerung, sondern im Interesse multinationaler Agrarkonzerne für die Exportproduktion genutzt. In Kenia hat der multinationale Konzern British American Tobacco während der letzten Jahre sowohl auf eigens dazu erworbenen Flächen als auch durch Verträge mit Farmern den Tabakanbau stark ausgedehnt. Die Klimabedingungen dort ermöglichen eine sehr gute Qualität. Der Anbau von Nahrungsmitteln aber ist zurückgegangen; Kenia muß Getreide importieren.

Die Umstellung der Landwirtschaft von einer Quelle der Ernährung der einheimischen Bevölkerung auf die Belieferung der kapitalistischen Industrieländer mit bestimmten Nahrungs- und Genußmitteln sowie landwirtschaftlichen Rohstoffen legte die verheerende Saat für die gegenwärtige Situation in der Nahrungsmittelversorgung vieler Entwicklungsländer. Nicht mehr fähig, ihre Bevölkerung selbst zu ernähren, wurden diese Länder gezwungen, immer mehr Nahrungsgüter zu importieren. Mitte der achtziger Jahre betrug der Einfuhrbedarf 150 Millionen Tonnen Getreide. Aber die Preise auf dem kapitalistischen Weltmarkt wurden in den siebziger Jahren gerade bei Weizen, Reis und Mais auf das Dreifache hinaufgetrieben. Die schlechte Weltgetreideernte 1988 wird zu einem weiteren Preisanstieg führen.

So müssen die Entwicklungsländer 20 bis 30 Prozent ihrer Devisen für den Import von Grundnahrungsmitteln ausgeben, die sie unter veränderten Bedingungen selbst produzieren könnten. Diese Art der Abhängigkeit und Ausbeutung wird im Hirtenbrief der USA-Bischöfe schonungslos angeprangert: „Darüber hinaus sehen sich die Entwicklungsländer oft als von den Industrienationen, besonders von den Vereinigten Staaten, abhängig, weil das internationale System und auch die Art, wie die USA darin tätig sind, sie benachteiligt. Der Preis, zu dem sie ihre Rohstoffe exportieren und ihre Lebensmittel und Fertigwaren kaufen müssen; die Zinsen, die sie bezahlen müssen; die Bedingungen, die sie für Kredite erfüllen müssen; die wirtschaftlichen Praktiken ausländischer Investoren; der Umfang von und die Bedingungen für Hilfe aus dem Ausland — sie werden in erster Linie von der industrialisierten Welt bestimmt.“*

* vgl. Hefte aus Burgscheidungen Nr. 248, S. 27

Der Vorgang, daß die entwickelten kapitalistischen Staaten aus ihren Überschüssen den Nahrungsmitteldefizit der Entwicklungsländer decken, hat noch weitere negative Auswirkungen. Die Getreideimporte veränderten in einigen Entwicklungsländern die Struktur der Verarbeitungsindustrie. Fünfzehn der größten Weizenmühlen der Welt entstanden inzwischen im Hungergürtel der Tropen, wo so gut wie kein Weizen angebaut wird. Das verlangsamt den Prozeß der Wiedereingliederung einheimischer Nahrungsmittel, weil deren Verarbeitung zunächst teurer wird. Ferner verringert die Verwendung eines großen Teils der Exporterlöse der Entwicklungsländer für die Bezahlung der Nahrungsmittelfuhren die Möglichkeiten zum Import von Maschinen und Anlagen für die eigene Industrialisierung. Die schädlichste Folge der Importe von Nahrungsmitteln aus imperialistischen Ländern schließlich ist die Verstärkung einer wirtschaftlichen Abhängigkeit. Damit wurden diese Länder auch politisch erpreßbar.

Food-Power-Politik

Die führenden kapitalistischen Staaten knüpften an die alte koloniale Arbeitsteilung an. Die starke Orientierung der USA auf Getreide und Soja hängt mit dieser Arbeitsteilung zusammen. Ein Teil der arbeitsaufwendigen Kulturen wurde in andere Länder verlagert, dafür die Getreideproduktion in 20 Jahren von 180 auf 315 Millionen Tonnen im Jahre 1986 gesteigert. Die USA treiben diese Arbeitsteilung voran, um die „Food-Power“-Politik durchsetzen zu können, was mit „Nahrungsmittel sind Macht“ übersetzt werden kann. Die USA-Regierung erhob die Food-Power-Doktrin zur „globalen Waffe“ der Außenpolitik in der weltpolitischen Auseinandersetzung mit den sozialistischen Staaten und den Entwicklungsländern. Seitdem haben die USA mehrfach versucht, unter Ausnutzung ihrer Machtpositionen in der Getreide- und Sojaproduktion andere Staaten mit der Sperrung von vertraglich vereinbarten Getreidelieferungen politisch zu erpressen:

— Als Ägypten 1956 den Suez-Kanal verstaatlichte, kamen keine Weizenschiffe mehr von Übersee.

— Als Chiles Volk unter Präsident Allende daran ging, sich aus imperialistischer Abhängigkeit zu befreien, strich Washington die Nahrungsmittelkredite und verweigerte die Lieferung von Weizen selbst gegen Barzahlung.

— Als Kuba nach dem Sturz der Batista-Diktatur den Weg revolutionärer Veränderungen beschritt, kündigten die USA die Zuckerimporte. Gleichzeitig stornierten sie die Lieferungen

von Nahrungsmitteln und anderen Produkten, beispielsweise von Ersatzteilen für die Zuckerfabriken.

— Als Vietnam nach seinem Sieg im Befreiungskampf nicht bereit war, auf politische Forderungen der USA einzugehen, brachen diese ihr vertraglich festgehaltenes Versprechen auf Nahrungsmittelhilfe. Genauso verhielten sie sich gegenüber dem revolutionären Kampuchea.

— Als die UdSSR 1980 der afghanischen Regierung militärische Hilfe leistete, verhängte Washington ein Getreideembargo gegen die Sowjetunion.

— Unter der Somoza-Diktatur wurde Nicaragua gedrängt, neben Baumwolle und Kaffee auch Zucker für Exportzwecke zu erzeugen. Die Erweiterung dieser Kulturen vollzog sich auf Kosten der Hauptnahrungsmittel Bohnen und Getreide. Obwohl sich Nicaragua ohne solche Eingriffe selbst ernähren könnte, mußte es deshalb Lebensmittel kaufen. Mit dem im Frühjahr 1981 von den USA gegen Nicaragua verhängten Getreideembargo wurde die Einfuhr aller Produkte aus diesem Land eingestellt.

In diesem Zusammenhang wird häufig die Frage gestellt, warum die USA in den letzten Jahren soviel Getreide exportieren konnten und warum die Sowjetunion in der Vergangenheit Getreide importieren mußte. Zur Beantwortung dieser Fragen muß man zunächst von den natürlichen Produktionsbedingungen beider Länder ausgehen. Die USA verfügen über die größte zusammenhängende Landmasse der Welt mit fruchtbarem Boden, gutem Klima, ausreichenden Niederschlägen und einer Oberflächengestaltung, die sich für einen hohen Mechanisierungsgrad der landwirtschaftlichen Arbeiten eignet. Die Pflanzenproduktion ist abhängig von der Sonnenscheindauer, der Temperatur und den Niederschlägen im Verlaufe des Vegetationsjahres. Die Ackerfläche der USA liegt zu 100 Prozent südlich des 48. Breitengrades. In der Sowjetunion befinden sich nur 10 Prozent der Gesamtfläche bzw. 23 Prozent des Ackerlandes südlich dieses für hohe Biomassenproduktion restriktiven Breitengrades. Für optimale Erträge sollte der Boden über 170 Tage frostfrei sein. Das ist in den USA bei 70 Prozent, in der Sowjetunion bei nur 15 Prozent des Ackerlandes der Fall. Schließlich fallen in den USA auf 60 Prozent des Ackerlandes mehr als 700 mm Niederschläge; in der Sowjetunion trifft dies nur für 1 Prozent der Ackerflächen zu. Während in den USA nur 1 Prozent der Fläche in Risikoanbauzonen liegt, finden wir 60 Prozent davon in der UdSSR. Die Kosten für die Getreideproduktion liegen in der Sowjetunion doppelt so hoch wie in den USA.

Unter großen Aufwendungen ist in der Sowjetunion die Ge-

treideproduktion in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Wurden 1955 noch 88,5 Millionen Tonnen produziert, so waren es 1971 bereits 167,6 Millionen Tonnen. 1987 brachte man in der Sowjetunion mit 211,3 Millionen Tonnen trotz hartem, langanhaltendem Winter und fortwährendem Regen während der Ernte in weiten Gebieten annähernd die gleiche Menge ein wie 1986. Das bedeutet für die 285 Millionen Sowjetbürger eine Getreideproduktion von 740 kg je Einwohner. Es wurden u. a. 14,3 Millionen Tonnen Körnermais und 2,7 Millionen Tonnen Reis erzeugt. Die USA kamen 1987 auf 280,7 Millionen Tonnen, wovon der Weizenanteil 57,3 Millionen Tonnen und der Körnermais 182 Millionen Tonnen ausmachte. Die Maisanteile am Gesamtgetreideaufkommen verweisen auf die großen klimatischen Unterschiede beider Länder und damit auch auf das mögliche Ertragspotential, das beim Mais doppelt so hoch liegt wie bei Weizen und Gerste.

Das spüren auch wir in der DDR im Vergleich zu südlicheren Nachbarn. Einem Weizenantrag von 50 bis 60 dt/ha unter unseren Bedingungen stehen 90–100 dt/ha Körnermais in Ungarn oder Österreich gegenüber. Die Hauptursache dafür ist die längere Sonnenscheindauer. Gepaart mit der Nutzung selbstgezüchteter Hochleistungshybriden erreichte die Ungarische Volksrepublik eine Gesamtgetreideproduktion von 1 408 kg je Einwohner, was sie in die Lage versetzte, überschüssiges Getreide zu exportieren. Klimatisch sind große Teile der Sowjetunion in dieser Beziehung benachteiligt. Nicht unerwähnt bleiben dürfen jedoch ihre Nahrungsmittellieferungen an notleidende Bruderländer.

Die günstigen klimatischen Bedingungen sowie die Möglichkeiten zur extensiven Ausdehnung der Körnerhalmfrüchte Mais, Weizen und Soja ermöglichten den USA, die Produktion schnell zu erhöhen. Die durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Produktion von Körnerfrüchten lag in den letzten Jahren zwischen 1 250 und 1 450 kg. Von den 101 Millionen Tonnen Sojabohnen, die 1986 in der Welt geerntet wurden, kamen 57 Millionen Tonnen aus den USA. Knapp 50 Prozent des geernteten Weizens und je 70 Prozent der Mais- und Sojaernte werden exportiert. Die USA haben sich damit auf dem Weltmarkt bei Getreide und Soja ein bedeutendes Übergewicht geschaffen, das sie skrupellos ausnutzen.

Da sich die Produktion von Mais, Weizen und Soja sehr gut mechanisieren läßt, wurde vor allem diese ausgedehnt. Weniger attraktive und mehr arbeitsintensive Produktionszweige wurden nicht so stark entwickelt. So wurde z. B. die Milchproduktion weniger stark entwickelt, weil die Exportchancen bei weitem ungünstiger sind als beim Getreide.

Schon seit vielen Jahren ist die UdSSR der größte Milchproduzent der Welt. Im Jahre 1985 erzeugte sie je Einwohner 55 kg Milch mehr als die USA, nämlich 325 kg. In den letzten zwei Jahren wurden in den USA weitere 1 Millionen Kühe abgeschafft. Es stieg danach zwar die Milchleistung je Kuh, jedoch fehlten Kälber für die Mast.

Die USA zählen heute zu den wichtigsten Importeuren von Rindfleisch. Sie kauften in den letzten Jahren jeweils mehrere hunderttausend Tonnen Rindfleisch und rangieren damit vor Kanada, der EWG und Japan. Weiterhin sind die USA der weltgrößte Importeur von Fischereiprodukten. Sie nehmen ein Viertel des international gehandelten Fisches auf. Mit 2,8 Milliarden Dollar übersteigt dessen Einfuhr sogar den Wert der eigenen Fänge, obwohl das Land über reiche Fischgründe verfügt. Je Einwohner werden in Japan 94 kg Fisch, in der Sowjetunion 36 kg und in den USA 16 kg angelandet. Eine der Ursachen für die relativ geringen Ergebnisse liegt darin, daß der Fischfang den USA-Monopolen geringere Profitmöglichkeiten als in anderen Zweigen verspricht, weshalb sie ihr Kapital hier kaum anlegen. Ein nicht unbedeutender Teil des von den USA importierten Fleisches und Fisches kommt aus Entwicklungsländern, ein Drittel des Fisches beispielsweise aus Lateinamerika, Indien und Sri Lanka. Fleisch wird in hohem Maße aus Argentinien bezogen. In mehreren dieser Länder besteht Eiweißdefizit.

Zur Sicherung der Vorherrschaft auf dem Getreideweltmarkt bauten die USA ihre Lagerhaltung auf 500 Millionen Tonnen aus. Das ist das Eineinhalbfache der jährlichen Ernten. Lagerhaltung und Verringerung der Produktion sollten zu einem Anstieg der Nachfrage und der Preise führen. Außerdem müssen die Abnehmer mit Drohungen der Washingtoner Administration rechnen, Lieferungen zu stoppen. Deshalb unternahmen viele von ihnen große Anstrengungen, um durch Produktionssteigerungen im eigenen Lande die Importe zu reduzieren. „Heute kann man das Getreideproblem in seiner Rangordnung durchaus mit dem Erdölproblem vergleichen“ — diese Bemerkung Erich H o n e c k e r s hat die weltwirtschaftliche und auch weltpolitische Bedeutung der Körnerfrüchte unterstrichen.

Vor allem in den Ländern Westeuropas führte der beschleunigte Einsatz des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu einer raschen Steigerung der Erträge und der Produktion, für die es unter den veränderten Weltmarktbedingungen keine Absatzmöglichkeiten mehr gab. Das Ergebnis waren rasch ansteigende Lagerbestände. Zum Schutz der einheimischen Landwirtschaft sahen sich die Regierungen aller entwickelten ka-

pitalistischen Länder zu mehr oder weniger drastischen protektionistischen Eingriffen in den internationalen Agrarhandel, zu Preisstützungs- und Exportförderungsmaßnahmen sowie zur direkten Begrenzung und Reduzierung der Agrarproduktion veranlaßt.

Von den staatlichen Subventionen profitierten jedoch vor allem die Handelsmonopole, die Nahrungsmittelkonzerne, die Kühl- und Lagerhausbesitzer sowie die Agrarfabriken. Auch das verstärkte die Tendenz zur Herausbildung der sogenannten „Zweidrittelgesellschaft“, in der ein Drittel der Bevölkerung, darunter immer mehr Bauern, am partiellen sozialen Fortschritt unter staatsmonopolistischen Bedingungen konservativer Prägung immer weniger beteiligt ist. Um dem drohenden wirtschaftlichen Ruin wenigstens zeitweilig zu entgehen, treiben viele Bauern unter rücksichtsloser Ausbeutung der eigenen Arbeitskraft die Produktion immer weiter in die Höhe. Vierzig Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe können nur noch im Nebenerwerb bewirtschaftet werden, da sie ihren Besitzern keine volle Existenz mehr zu bieten vermögen. Doch wenn heute von Agrarwissenschaftlern und Agrarpolitikern bereits propagiert wird, um das Marktgleichgewicht der EG-Agrarmärkte zu retten, müßten bis zum Jahr 2000 allein in der BRD 4 Millionen Hektar der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus der Produktion genommen werden, können sich viele Bauern ausrechnen, was in den nächsten Jahren auf sie zukommt. Allein 1986 mußten in der BRD 13 000 Bauern ihre Höfe aufgeben.

Hier zeigt sich die doppelte Unmoral des Kapitals. Die Importe billiger Kohlenhydratquellen aus den Entwicklungsländern, wie z. B. Maniok aus Afrika, behindern dort die eigene Nahrungsmittelproduktion und führen im EG-Agrarmarkt zu „Überschüssen“. Von dem zur Zeit in der Tierproduktion der BRD eingesetzten Kraftfutter kommen 40 Prozent aus Importen.

Ein bemerkenswertes Beispiel für eine Verbesserung dieser Situation finden wir in Österreich. Der Import an Eiweißfuttermitteln betrug dort 1984 etwa 500 000 Tonnen mit einem Wert von etwa 2,5 Milliarden Schilling. Auf der anderen Seite ist Österreich durch den verstärkten Maisanbau zu einem getreideexportierenden Land geworden. Dem Eiweißfuttermittelimport stand 1985/86 ein Export von etwa einer Million Tonnen Getreide mit einem Stützungserfordernis von 2,5 Milliarden Schilling gegenüber. Es müßten also Eiweißfuttermittel anstelle von Getreide angebaut werden, um diese Situation volkswirtschaftlich zu bessern, wobei die Bauern einen finanziellen Ausgleich für die geringeren Erträge bei Bohnen und

Erbsen erhalten müßten. Um den Bauern zu stimulieren, diesen Weg zu beschreiten, wird seit 1985 eine Anbauprämie in Höhe von 5 000 Schilling je Hektar Ackerbohnen oder Futtererbsen gezahlt, wenn diese anstelle von Getreide angebaut werden. Auf Grund dieser „Weizenanbau-Verzichtprämie“ wurde bis heute ein nennenswerter Flächenumfang beim Körnerleguminosenanbau erreicht, der weiter stimuliert wird.

2. Natürliche Ressourcen der Welternährung

Die Nahrungsmittelproduktion wuchs in den letzten Jahren schneller als die Weltbevölkerung. Die Weizenproduktion stieg z. B. von 1950 bis 1980 auf fast 250 Prozent, die Bevölkerung dagegen auf 170 Prozent. Den 1986 auf der Erde lebenden 4,9 Milliarden Menschen stand eine Weltgetreideernte von 1,86 Milliarden Tonnen gegenüber. Das ist theoretisch 1 Kilogramm Getreide pro Kopf und Tag und damit im Durchschnitt mehr als ausreichend. Charakteristisch ist aber die ungleiche Entwicklung in der Welt. Etwa 30 Prozent der Weltbevölkerung, nämlich die entwickelten kapitalistischen Länder und die sozialistischen Länder Europas einschließlich der Sowjetunion, erzeugen und verbrauchen mehr als die Hälfte der Welt-nahrungsmittelproduktion. Für 70 Prozent der Erdbevölkerung stehen mithin weniger als die Hälfte der Weltnahrungsmittelproduktion zur Verfügung. Obwohl die Entwicklungsländer in den letzten Jahren ihre Nahrungsmittelproduktion steigern konnten, ging auf Grund des hohen Bevölkerungszuwachses die Pro-Kopf-Produktion in zahlreichen Ländern zurück.

Nahrungsmittelproduktion und Bevölkerungswachstum

Die hohe Zunahme der Bevölkerung in der „Dritten Welt“ ist ein wichtiger Faktor, der in vielen Ländern zu einer Verschlechterung der Ernährungslage großer Teile der Bevölkerung geführt hat. Die Zuwachsraten der Bevölkerung lag 1950 in den Entwicklungsländern bei 2 Prozent und 1960 bei 2,35 Prozent im Jahr. Damit hatte sie – bezogen auf alle Entwicklungsländer als Summe – ihren Höhepunkt erreicht. 1980 lag sie nur noch bei 2,08 und 1985 bei 2,02 Prozent. In Afrika und Mittelamerika steigt sie allerdings noch weiter. Die Gesamtbevölkerung in den Entwicklungsländern wuchs von etwa

1,7 Milliarden 1950 auf 3,2 Milliarden 1980. 1987 lebten in den weniger entwickelten Ländern fast 4 Milliarden Menschen.

Im Jahre 2000 werden etwa 6,1 Milliarden Menschen auf der Erde leben, davon über 55 Prozent in Regionen, in denen die Diskrepanzen zwischen dem Nahrungsmittelbedarf und den Möglichkeiten seiner Deckung heute extreme Ausmaße angenommen haben. Fidel Castro sagte in seiner Ansprache vor der 34. Vollversammlung der Vereinten Nationen am 12. Oktober 1979: „Manch einer möchte gern dieses schwere Problem der Menschheit mit drastischen Methoden lösen und die Zahl der Bevölkerung verringern. Sie erinnern daran, daß in früheren Zeiten Kriege und Epidemien zu einer Reduzierung führten. Mehr noch, sie machen die Bevölkerungsexplosion für die Unterentwicklung verantwortlich. Die Bevölkerungsexplosion ist nicht die Ursache, sondern das Ergebnis der Unterentwicklung. Die Entwicklung wird sowohl Lösungen für das Problem der Armut mit sich bringen als auch mit Hilfe der Bildung und Kultur dazu beitragen, daß unsere Völker vernünftige und den Erfordernissen entsprechende Wachstumsraten erzielen.“

Die Reserven der pflanzlichen Produktion liegen auf drei Gebieten: in der Erweiterung der Anbauflächen, in der Veränderung der Anbauflächenstruktur (Weide in Ackerland) und in der Erhöhung der Produktion je Flächeneinheit. Unsere Erde verfügt über genug Boden zur Ernährung ihrer heutigen und künftigen Bewohner. Das Gesamtpotential der Erde an ackerfähigem Land wird auf 3 Milliarden Hektar geschätzt. Das sind 22 Prozent der Landfläche der Erde, wovon gegenwärtig nahezu die Hälfte genutzt wird. Diese potentiell bebaubare Fläche liegt zu 70 Prozent in den Entwicklungsländern und zu 30 Prozent in den hochentwickelten Ländern. Das ist eine günstige Verteilung – sie entspricht den Anteilen an der Weltbevölkerung.

Jedoch ist das gegenwärtig ackerbaulich genutzte Land sehr ungleichmäßig verteilt. Die stärker industrialisierten Länder verfügen mit über 40 Prozent der z. Z. ackerbaulich genutzten Böden eine über ihren Anteil an der Weltbevölkerung hinausgehende Anbaufläche als Ernährungsbasis. Pro Hektar gegenwärtig bebauter Fläche sind hier nur 1,8 Personen zu ernähren. In den Entwicklungsländern hingegen sind dies im Durchschnitt 4 Personen.

Jedoch herrschen hier regional sehr große Unterschiede. Während Südostasien bereits mehr als 92 Prozent seines Potentials nutzt, wurden zum Zeitpunkt einer Schätzung 1982 in Afrika nur 21 Prozent und in Südamerika nur 15 Prozent der potentiellen landwirtschaftlichen Nutzfläche in Anspruch genommen. Mittelasien dagegen liegt mit 8,4 Personen je Hektar

landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) doppelt so hoch wie der Durchschnitt der Entwicklungsländer und kann dieser engen Ernährungsbasis ähnlich wie die VR China mit 10 Personen/ha LN nur durch verstärkten Bewässerungsbau begegnen.

Schließlich muß in einigen Regionen der Erde der jährlichen Verwüstung von 5 bis 7 Millionen Hektar LN Einhalt geboten werden. Die FAO hat eine globale Schätzung der Bodenzerstörung vorgenommen. Die Studie kommt u. a. zu dem Ergebnis, daß ohne geeignete Schutzmaßnahmen die Entwicklungsländer der Tropen und Subtropen bis zum Ende des Jahrhunderts ca. 19 Prozent der Produktionskapazität ihrer Bodenreserven durch Erosion einbüßen werden. Es ist deshalb unerlässlich, jede Art von Landentwicklung mit Maßnahmen der Bodenerhaltung zu verbinden.

Von den Faktoren zur Erhöhung der Flächenproduktivität ist als erster die Bewässerung zu nennen. Das System und die Wirksamkeit der Bewässerungswirtschaft entspricht in vielen Teilen der Erde heute noch nahezu prähistorischen Formen. In Ägypten liegen die Reiserträge fünfmal so hoch wie in Gebieten unterentwickelten Bewässerungsanbaus. In der Modernisierung der Bewässerungswirtschaft, insbesondere im Übergang von der üblichen Überflutung zur geregelten Dauerbewässerung und der Ausweitung auf bisher unbewässerte Flächen liegen erhebliche Produktionsreserven. Das Produktionsniveau unbewässerter Flächen liegt in den Entwicklungsländern nur bei 10 bis 30 Prozent der dortigen bewässerten Flächen.

Ein jüngstes Beispiel dafür sind die Ergebnisse des Bewässerungsprogramms in Saudi-Arabien. Hier konnten die Weizenträge innerhalb von 10 Jahren von 4 000 Tonnen auf 2,5 Millionen Tonnen 1987 gesteigert und die Selbstversorgung der 10 Millionen Einwohner mit Getreide, Geflügel, Milchprodukten und Obst gesichert werden. Die landwirtschaftliche Produktion auf Wüstenboden wird durch fossile Wasservorräte in ein bis zwei Kilometer Tiefe und entsalztes Meerwasser ermöglicht. Dieses Beispiel ist recht extrem, zeigt aber die Möglichkeiten der friedlichen Nutzung materieller und finanzieller Ressourcen.

In der DDR ist die Beherrschung des Wassers ebenfalls ein wichtiger Intensivierungsfaktor. Von den entwässerungsbedürftigen Böden sind bei uns 65 Prozent melioriert. Die Beregnungsfläche beträgt z. Z. 18 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche und soll weiter ausgedehnt werden.

Weitere ertragssteigernde Faktoren sind Bodenbearbeitung, Düngung, Anbau ertragreicher und krankheitsresistenter Sorten. In vielen Ländern könnten die Erträge allein durch Dün-

gung bis zu 80 Prozent gesteigert werden. Über die archaischen Formen der Bodenbearbeitung als eine der Ursachen von Hunger und Unterernährung wurde bereits geschrieben.

Das Ausmaß der Schäden, die jährlich der Weltlandwirtschaft durch Schädlinge und starken Unkrautwuchs zugefügt werden, ist sehr groß. Vielerorts gibt es heute noch Totalschäden riesiger Flächen. Beim Heuschreckenbefall von 1974/75 verloren die Sahelländer rund 40 Prozent ihrer Ernteerträge. Die Plage 1988 wird als die größte seit den fünfziger Jahren bezeichnet. Seinerzeit hatte man zehn Jahre gebraucht, um die Folgen zu beseitigen. Nach Schätzungen der FAO geht ein Drittel der jährlichen Weltgetreideernte durch Schädlinge, Krankheiten und Unkrautbefall verloren, davon bei Weizen 24 Prozent und bei Reis 46 Prozent, in Indien sogar bis 57 Prozent. In den westeuropäischen Ländern werden Verluste zwischen 7 und 9 Prozent genannt.

Ebenso wichtig wie der Pflanzenschutz ist die Verminderung der Verlustquoten. Das setzt eine Verbesserung der Erntetechnologie, der Transport- und Lagerverhältnisse voraus. Das alles kostet viel Investitionen. In der zitierten Rede Fidel Castros vor der UNO sind dazu Zahlen genannt: „Einschlägigen Berechnungen zufolge müßte die landwirtschaftliche Nutzfläche in den Entwicklungsländern in den nächsten 10 Jahren um 76 Millionen Hektar und die Fläche des bewässerten Bodens um 10 Millionen Hektar erweitert werden. Auf mehr als 45 Millionen Hektar müssen die Bewässerungsanlagen instand gesetzt werden. Deshalb gehen die bescheidensten Berechnungen davon aus, daß die internationale Finanzhilfe – wir sprechen von Hilfe und nicht vom gesamten Fluß der Gelder – jährlich acht bis neun Milliarden Dollar betragen müßte, damit die Agrarproduktion in den Entwicklungsländern um 3,5 bis 4 Prozent wächst. ... Doch Entwicklung bedeutet nicht nur Landwirtschaft und Industrialisierung, Entwicklung bedeutet in erster Linie Sorge um den Menschen, der Hauptakteur und Ziel jeden Bemühens um Entwicklung sein muß.“

Nährstoffbedarf und Bedarfsdeckung

Der mittlere Tagesbedarf eines erwachsenen Menschen an Energie beträgt bei leichter Arbeit 10 MJ (2 400 kcal). Der ernährungsphysiologische Erhaltungsbedarf des Menschen liegt beim Eineinhalbfachen des Grundumsatzes. Das entspricht einem Nahrungsenergieverbrauch von etwa 8 MJ. Wird dieser Schwellenwert nicht erreicht, kommt es zu mehr oder weniger akuten Ausfallerscheinungen. Die tägliche Nahrungsaufnahme

pro Kopf der Bevölkerung in den Entwicklungsländern entspricht im Durchschnitt noch geringeren Energiewerten. Und das ist nur der Durchschnitt. So sollen nach neueren Erhebungen die Energiewerte der täglichen Nahrung bei der Hälfte der Bevölkerung dieser Länder nicht mehr als 6,3 MJ (1 500 kcal) und bei einem Viertel sogar weniger als 4,2 MJ (1 000 kcal) betragen.

Die Ernährungssituation wird noch dadurch verschlimmert, daß in den Regionen, in denen den Menschen am wenigsten Nahrungsenergie zur Verfügung steht, auch die Eiweißversorgung besonders niedrig ist. Vom Eiweißmangel betroffen sind vor allem Kinder, weil sich bei diesen während der ersten 18 Lebensmonate der größte Teil des Zentralnervensystems und bis zum 4. Lebensjahr 90 Prozent der Gehirnstruktur entwickeln. Nach Angaben der FAO sind in den am stärksten betroffenen Ländern 25 bis 40 Prozent und in einigen Ländern, z. B. in Indien, sogar jedes zweite Vorschulkind von akutem Eiweißmangel betroffen. Bei der bereits genannten Eiweißmangelkrankung Kwashiorkor der tropischen und subtropischen Entwicklungsländer treten neben Gewichtsverlust und dem Schwund der Muskulatur des Herzens und des Bewegungsapparates auf der ganzen Körperoberfläche Ödeme auf, von denen die Krankheit ihren Namen hat. Das ghanesische Wort Kwashiorkor heißt „unreine Haut“.

Das Eiweißproblem ist von quantitativer und qualitativer Natur. Kinder bis zu zehn Jahren und stillende Mütter benötigen etwa 1,4 g Eiweiß je Kilogramm Körpergewicht, der Erwachsene benötigt bei Mischkost 0,8 bis 1 g Eiweiß je Kilogramm. Die qualitative Seite sehen wir heute nicht mehr in der Herkunft (pflanzlich oder tierisch), sondern in der Bausteinzusammensetzung (Aminosäuren) des Eiweißes. Viele pflanzliche Nahrungsmittel ergänzen sich in ihrem Aminosäuregehalt gegenseitig so gut, daß ihre Kombinationswirkung einer Mischkost mit tierischen Proteinträgern gleichkommt. Das betrifft insbesondere die Kombination Getreide plus Bohnen, Erbsen oder andere Leguminosen. Prinzipiell ist es möglich, den Eiweißbedarf rein vegetarisch zu decken, und in Ergänzung mit Milcheiweiß ist eine mit Sicherheit ausreichende Eiweißversorgung garantiert.

In den ersten fünf bis zehn Lebensjahren stellt der kindliche Organismus höhere Anforderungen an die Proteinqualität als der erwachsene. Das müßte in Mangelsituationen bei der Nahrungsmittelzuteilung berücksichtigt werden. Die Allenderegierung konnte in Chile Kwashiorkor beseitigen, indem sie den Kindern Milch bereitstellte. Ein halber Liter Milch deckt den Eiweißbedarf eines fünfjährigen Kindes zu 60 Pro-

zent. Gleichzeitig liefert diese Milchmenge 20 Prozent des Energiebedarfes. Unter der Militärdiktatur von Pinochet wurden die alten Mangelzustände wieder hergestellt.

Eine der ersten Maßnahmen der Sandinistischen Befreiungsfront Nikaraguas nach dem Sturz der Somoza-Diktatur 1979 war die kostenlose Ausgabe von Milch an Kinder. Fünfzig Prozent der Nikaraguaner litten damals an Energie- und Eiweißunterernährung. Infolge dieser Unterernährung wird auch der Mineralstoff- und Vitaminbedarf nicht gedeckt. Der halbe Liter Milch führt bei fünfjährigen Kindern zu einer Deckung des Kalziumbedarfes zu 85 Prozent; der tägliche Bedarf an Magnesium wird zu 60 Prozent, der Bedarf an Vitamin A zu 25 Prozent und der an Vitamin B₁₂ sogar völlig gedeckt.

Zur Zeit stammen etwa 20 Prozent des Nahrungseiweißes der Weltbevölkerung aus tierischen Quellen. Getreidekulturen liefern etwa 55, Ölsamen und Leguminosenkörner etwa 17 sowie Gemüse und Obst 8 Prozent. Die erwähnte günstige Wirkung einer Kombination von Getreide mit Ölsamen bzw. Leguminosenkörnern ist heute aus der Bausteinanalyse des Eiweißes wissenschaftlich erklärbar. Sie ist jedoch seit langem bekannt. Leider wurden solche Kostformen in den letzten 50 Jahren in vielen Entwicklungsländern wegen der Ausweitung des Anbaus von Exportkulturen verdrängt. Hülsenfrüchte wie Erbse, Bohne, Kichererbse, Flügelerbse und Linse, aber auch Ölsamen wie Sesam und Sojabohne gehören seit Jahrtausenden zu den traditionellen Nahrungsmitteln der Menschheit. Diese Samen, in denen toxische Inhaltsstoffe fehlen oder durch Kochen einfach inaktiviert werden können, haben bereits in einer frühen Phase der Menschheitsentwicklung Verwendung gefunden. Bei den Indios sind Lupinensamen seit langem als „carne vegetal“, pflanzliches Fleisch, in Gebrauch.

Eiweißquellen tierischer Herkunft wie Fleisch, Eier und Milch, weisen wegen ihrer höheren Konzentration an lebensnotwendigen Aminosäuren eine höhere biologische Wertigkeit als Proteinquellen pflanzlicher Herkunft aus. Der wachsende Organismus benötigt beim Verzehr rein pflanzlicher Proteinquellen für die gleiche Zuwachsleistung einen etwas höheren Tagesverzehr.

Zur Produktion von tierischen Proteinquellen bedarf es jedoch der Umwandlung des pflanzlichen Primärproteins durch den tierischen Organismus. Die Transformationsverluste sind hierbei recht hoch. Der Umwandlungsgrad unter den Bedingungen effektiver Tierhaltung in den hochentwickelten Industrieländern beträgt bei der Produktion von Schweinefleisch 15 bis 20 Prozent, bei Eiern 28 Prozent und bei der Milchproduktion 35 bis 38 Prozent. So erzeugten wir in unserem Land

1986 705 kg Getreide je Kopf der Bevölkerung. Davon wurden 98 kg als Getreideprodukte verbraucht, der Rest in der Hauptsache als Futtergetreide eingesetzt. Der Veredlungsverlust bei den als Futter eingesetzten 600 kg beträgt 80 Prozent. In Südostasien stehen pro Kopf 240 kg Getreide zur Verfügung; sie finden fast ausschließlich als Getreideprodukte Verwendung.

Die Frage, ob die landwirtschaftlichen Nutztiere als Konkurrent des Menschen um die pflanzlichen Eiweißquellen anzusehen sind, ist berechtigt. Sie hat für die Struktur der zu steigenden Welteiweißproduktion große Bedeutung. Tatsächlich werden der menschlichen Ernährung große Mengen an Getreideprotein entzogen, wenn die Steigerung der Tierproduktion im wesentlichen durch Getreideinsatz erfolgt. Bei niedrigerem bis mittlerem Leistungsniveau benötigen jedoch Wiederkäuer, wie Rind, Schaf und Ziege, kein Protein aus Getreide und eiweißreichen Futtermitteln. Auf Grund ihrer Bakterienflora im Pansen können sie Zellulose von Weidegras, Silage, Heu und Wurzelfrüchten aufschließen. Die Bakterien ernähren sich von den Stickstoffverbindungen der Futterpflanzen und vermehren sich. Das dabei gebildete Bakterieneiweiß wird schließlich von dem Wirtstier verwertet.

Damit nutzen Rinder, Schafe und Ziegen Eiweißquellen, die für die Ernährung der Menschen nicht direkt geeignet sind. Sie sind umweltfreundliche Transformatoren von Gräserneiweiß in Milch und Fleisch, aber auch in Wolle und Häute. Milch und Fleisch sind eine lebenswichtige Ergänzung der Nahrung, wenn in bestimmten Regionen hauptsächlich nur eiweißarme Stärkeprodukte wie Maniok, Mehlbananen und Süßkartoffeln zur Verfügung stehen.

Auch das Schwein vermag vom Menschen nicht genutzte Stoffe zu verwerten, wie Abfallprodukte der Lebensmittelverarbeitung und Pflanzenabfälle. Reisschalen, Maishüllen sowie Rückstände der Süßkartoffel- und Sojabohnenverarbeitung gehen in einigen Ländern Asiens in die Schweinefütterung. So ist China nicht nur das bevölkerungsreichste Land der Erde. Es hat mit 330 Millionen Stück gleichzeitig den höchsten Schweinebestand der Erde. Die Abfallbeseitigung durch das Schwein verhindert gleichzeitig die Ausbreitung der Ratte.

Eine intensive Schweine- und Geflügelhaltung, wie sie zur Deckung des hohen Fleisch- und Eierbedarfes in vielen europäischen Ländern notwendig ist, kann jedoch auf den Einsatz von Getreide und Sojaschrot z. Z. nicht verzichten. Hier bemüht man sich, für die Zukunft andere Eiweißquellen der Tierernährung zugänglich zu machen. Erwähnt seien hier Futtermehle, Bakterienbiomasse und synthetisch hergestellte Aminosäuren.

Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung des Wildes — insbesondere auch für die Entwicklungsländer — als Fleischlieferant. Da das tropische Wild gegen Seuchen nahezu immun ist, hat man in Kenia, Tansania und Uganda begonnen, eine geordnete Wildwirtschaft zu betreiben. Das Wort dafür heißt „game ranching“, also riesige Wildfarmen, in denen man Antilopen und Gnus wie Kühe und Schafe weiden läßt.

Ungefähr ein Viertel des Weltaufkommens an tierischem Protein wird durch den Fischfang bestritten. 1982 wurden 75 Millionen Tonnen Fischereiprodukte gefangen, darunter 9 Millionen Tonnen Süßwasserfische, 57 Millionen Tonnen Seefische und 9 Millionen Tonnen Krebse, Muscheln, Austern und Algen. Gegenwärtig gehen zwei Drittel des Fischertrages in die menschliche Ernährung. Der Rest wird zu Fischmehl für die Tierernährung verarbeitet. Die theoretische Produktionskapazität der Weltmeere soll bei etwa 800 Millionen Tonnen Fisch im Jahr liegen, wovon optimal 120 Millionen Tonnen jährlich ohne Umweltschäden gefangen werden könnten. Damit wird Fisch auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur Deckung des Welteiweißbedarfes liefern.

Zwar täuscht der Rückgang des Fischeaufkommens in vielen Industrieländern eine Verknappung von Fisch vor, das beruht jedoch auf einer Umverteilung der Fangquoten. Mit der Einführung der 200-Meilen-Fangzone sind alle jene Länder benachteiligt, die nur über kleine Küstenstreifen verfügen, bis dahin aber mit großen Fangflotten frei auf den Weltmeeren gefischt haben. Auch die DDR ist davon betroffen. Entwicklungsländer wie Peru, Chile, Mexiko, Uruguay und einige Länder Asiens, die als Meeresanlieger von diesen Maßnahmen profitieren, haben nicht nur ihre Fangquoten, sondern auch ihren Fischexport erhöht.

In diesem Zusammenhang ist ein Vergleich der global erzeugten Eiweißquellen pflanzlicher und tierischer Herkunft von Interesse. 1986 wurden 155 Millionen Tonnen Fleisch produziert. Das entspricht einer Eiweißmenge von 30 Millionen Tonnen. Dazu kommen 18 Millionen Tonnen Milcheiweiß und 15 Millionen Tonnen Fischeiweiß. Demgegenüber stehen eine Produktion von 1 860 Millionen Tonnen Getreide (186 Millionen Tonnen Getreideeiweiß), 172 Millionen Tonnen Ölsamen (52 Millionen Tonnen Ölsameneiweiß) und 53 Millionen Tonnen Hülsenfrüchte (10 Millionen Tonnen Eiweiß aus Hülsenfrüchten). Die Eiweißquelle Nummer eins auf der Erde ist also das Getreide. Die Menge an Ölsamenprotein macht das Eineinhalbfache der gleichzeitig produzierten Eiweißmenge über Fleisch aus.

Viele Entwicklungsländer, die Ölsamen in größeren Mengen

anbauen, können den Eiweißgehalt dieser Früchte für ihre Bevölkerung noch nicht nutzen. Beispielsweise erzeugt Indien 6 Millionen Tonnen Erdnüsse. Diese werden zur Ölgewinnung nach alten, uneffektiven Technologien gepreßt, so daß faser- und schalenreiche Ölkuchen entstehen. Diese werden entweder als Futtermittel exportiert oder dienen als Düngemittel.

Um in Entwicklungsländern die ausgepreßten bzw. extrahierten Ölsamen künftig als Ausgangsstoff für die Herstellung von Eiweißlebensmitteln zu nutzen, muß die Technologie umgestellt werden. Am weitesten ist die Lösung dieses Problems bei der Verarbeitung der Sojabohne gelöst. Entfettete und Vollfett-Sojamehle sind in der Humanernährung mit gutem Erfolg eingeführt. International arbeiten Lebensmitteltechnologien an der Isolierung von Eiweißen aus Soja, Baumwollsaatmehl, Erdnüssen und Bohnen. Sie können strukturiert als neue Nahrungsmittel oder extrudiert als Bestandteil in Fleischprodukten eingesetzt werden. Ein Austausch von 5 bis 10 Prozent Fett gegen hochwertiges pflanzliches Eiweiß z. B. in einigen Wurstsorten ist ernährungsphysiologisch auch für die Verzehrgewohnheiten in unserem Land interessant.

Die Lösung der Welternährungsfrage stellt die Aufgabe, den Entwicklungsländern zukünftig die Möglichkeit zu geben, eine den spezifischen Bedingungen ihres jeweiligen Landes angepaßte Landwirtschaft, Nahrungsgüterwirtschaft und Industrie aufzubauen, die dann den Anbau und die Weiterverarbeitung der bodenständigen Eiweißquellen erst möglich machen. Voraussetzungen dafür sind eine gerechte Weltwirtschaftsordnung mit gleichberechtigtem Handel und Befähigung zur Selbsthilfe über eine allgemeine ökonomische und soziale Entwicklung.

Zur Ernährung in unserem Land

Die Bevölkerung der DDR wird seit langem ausreichend mit Grundnahrungsmitteln versorgt. So erreichte der Pro-Kopf-Verbrauch bei Getreideerzeugnissen, Speisekartoffeln und Hülsenfrüchten bereits 1956 seine Höchstmengen, ging danach tendenziell zurück und ist seit 1970 etwa gleich geblieben. Bei Fleisch und Fleischerzeugnissen begann diese Entwicklung etwa 1960, und das tendenzielle Wachstum des Pro-Kopf-Verbrauchs setzt sich hier weiterhin fort. 1986 verbrauchte der DDR-Bürger im Durchschnitt 97 kg Fleisch und Fleischerzeugnisse, 15,6 kg Butter, 107,7 l Milch und 299 Eier. Mit diesem Pro-Kopf-Verbrauch nimmt die DDR auch im internationalen Vergleich einen vorderen Platz ein. So lag der Fleischver-

brauch mit dem in der BRD auf einem annähernd gleichen Niveau. Sehr hoch ist bei uns im Vergleich zur BRD der Verbrauch an Speisekartoffeln und Butter, während in der BRD mehr pflanzliche Fette sowie Käse verbraucht werden.

Es ist die Frage berechtigt, wie dieses hohe Ernährungsniveau gesichert ist. Könnte unser tägliches Brot einmal knapp werden? Bezogen auf das Nahrungsmittel Brot ist das nicht zu befürchten. Von dem in den letzten zehn Jahren durchschnittlichen jährlichen Getreideverbrauch von 12 Millionen Tonnen betrug der Mehlgetreidebedarf 2 Millionen Tonnen. Der Bedarf an Braugerste, Nahrungsergerste und Nahrungshafer liegt unter 1 Million Tonnen. Diesen drei Millionen Tonnen Nahrungsgetreide stand 1986 eine Getreideernte von 11,7 Millionen Tonnen gegenüber. Damit ist der Bedarf an Nahrungsgetreide quantitativ immer gesichert. 1970 bis 1980 mußten jährlich noch drei Millionen Tonnen Getreide importiert werden. Dank der hohen Getreideproduktion waren 1986 weniger Importe an Futtergetreide notwendig. Dies ermöglichte eine Steigerung des Versorgungsgrades bei Nahrungsmitteln aus der einheimischen Pflanzen- und Tierproduktion auf fast 90 Prozent 1986. Das ist im Vergleich zu entwickelten kapitalistischen Industrieländern mit intensiver Landwirtschaft und hohem Pro-Kopf-Verbrauch ein bedeutendes Ergebnis. Der annähernd vergleichbare Wert liegt in der BRD bei 81 und in Großbritannien bei 60 Prozent.

Die intensive Schweine- und Geflügelproduktion verlangt neben einer ausreichenden Energieversorgung die Deckung des Eiweißbedarfes dieser Tierarten. Auch hier ist das Getreide die Nr. 1 aller eingesetzten Futtermittel: es deckt fast 40 Prozent des Eiweißbedarfes. Anfang der siebziger Jahre konnte der Gesamteiweißbedarf nur zu 72 Prozent aus eigenem Aufkommen gesichert werden. Der Rest kam aus Importen. Das waren insbesondere Fischmehl aus Peru und Sojaschrot aus den USA. Auf Peru entfallen 80 Prozent der Weltproduktion an Fischmehl. 1971 kostete 1 t peruanisches Fischmehl 638 Valutamark. 1972 brachte die Meeresströmung unerwartet wenig Fisch an die peruanische Küste. Der Fischmehlpreis stieg auf 1 722 Valutamark im Mai 1973. Hier sahen die USA eine große Chance für die Manipulation des Sojapreises. Sie stoppten die Sojaausfuhr. Die Folge war ein weiterer Anstieg der Fischmehlpreise auf 1 980 Valutamark je Tonne sowie der erwartete Anstieg der Sojaschrotpreise. Während eine Tonne Sojaschrot 1971 nur 365 Valutamark kostete, mußten im Juli 1973 dafür 1 600 Valutamark ausgegeben werden. Unsere Republik hatte damals Mehrausgaben in Höhe von mehreren Millionen Valutamark.

Diese Zahlen verdeutlichen, daß Importe aus kapitalistischen Ländern bei Abschluß langfristiger Verträge bzw. Teilnahme an internationalen Warenabkommen mit Risiken belastet sein können. In der Folgezeit wurden und werden verstärkt Anstrengungen unternommen, um das eigene Futereiwweißaufkommen zu erhöhen. „Die weitere stabile Sicherung der Ernährung unseres Volkes auf eigener Rohstoffbasis ist auch künftig ein gesamtgesellschaftliches Anliegen“, legt die Direktive zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1986 bis 1990 fest. Diese Aufgaben sind deshalb auch Bestandteil der langfristigen Konzeption der Agrarforschung unseres Landes bis zum Jahre 2000.

Unser besonderes Augenmerk gilt dabei der gesunden Ernährung. Großen Einfluß darauf hat der Verzehr einer ausreichenden Menge ernährungsphysiologisch hochwertiger Nahrungsmittel, die vitamin-, mineralstoff- und ballastreich sind sowie eine geringe Energiekonzentration haben. Wie ist unter diesen Gesichtspunkten das Ernährungsniveau in der DDR einzuschätzen? Bei einem bedeutenden Teil der Bevölkerung ist es von einem Überverzehr an Nahrungsenergie gekennzeichnet. Er liegt etwa beim Anderthalbfachen des Bedarfes. Gegenwärtig werden im Jahr pro Kopf etwa 25 kg Nahrungsfette, 39 kg Zucker und 11 l absoluter Alkohol verbraucht. Das führt zur Übergewichtigkeit vieler Bürger unseres Landes, wodurch wiederum zusätzliche Risiken für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit entstehen.

Für den Eiweißbedarf gelten die wissenschaftlich abgeleiteten Daten, die das Zentralinstitut für Ernährung und die Gesellschaft für Ernährung der DDR erarbeitet haben (Zeitschrift „Ernährungsforschung“ 1984, Heft 6). Sie betragen im Mittel 0,8 bis 1 g Eiweiß je Kilogramm Körpergewicht, also 60 bis 70 g je Tag für den Erwachsenen. Diese Daten sind für Mediziner, Ernährungswissenschaftler und interessierte Laien zur Anwendung in Wissenschaft und Praxis gedacht. Für die praktische Arbeit im Haushalt und in der Gemeinschaftsverpflegung wurden von den gleichen Institutionen 1985 Empfehlungen veröffentlicht, die etwa 30 Prozent höher liegen, da sie Verzehrgewohnheiten und Unzulänglichkeiten berücksichtigen.

Auf welchem Niveau liegt nun der durchschnittliche Eiweißverzehr des DDR-Bürgers? Für diese Kalkulation muß zunächst der statistische Verbrauch an Fleischerzeugnissen korrigiert werden. Er enthält auch Knochen, Sehnen, Auflagenfett, Schwarte, Katzenfutter und Verluste. Dem Verbrauch von knapp 100 kg pro Kopf steht ein Verzehr von 75 kg gegenüber. Rechnet man dazu den Verzehr an Milch, Käse, Eiern, Fisch

und Getreideprodukten, so ergibt das im Jahr 29,5 kg bzw. pro Tag 80 g Eiweiß je Einwohner. Das weist eine gute Bedarfsdeckung aus.

Bei dem hohen Anteil Nahrungsmittel tierischer Herkunft ist es erstaunlich, daß ein Drittel dieses Eiweißkonsums aus dem Brot und den übrigen Getreideerzeugnissen stammt. Es ist jedoch anzunehmen, daß etwa 10 Prozent des statistisch ausgewiesenen Getreideverzehrs nicht direkt in der Humanernährung eingesetzt werden. Gerade weil das Brot bei uns so billig ist, wären wir moralisch verpflichtet, es höher zu achten.

Den relativen Wert des Brotes zeigt folgende Veröffentlichung in einer BRD-Zeitschrift: „Ein englischer Journalist unternahm einmal einen aufschlußreichen Test: Er kaufte ein Brot und stellte sich damit an belebte Straßenecken verschiedener Städte. Die Vorübergehenden forderte er auf, für dieses Brot eine Stunde lang zu arbeiten. Was passierte?

- In Hamburg wurde er ausgelacht.
- In New York wurde er sogar von der Polizei festgenommen.
- Im afrikanischen Nigeria waren mehrere Personen bereit, für das Brot drei Stunden zu arbeiten.
- Im indischen Neu-Delhi wollten mehrere hundert Personen für das Brot einen ganzen Tag arbeiten.“

Es ist Gerald G ö t t i n g voll zuzustimmen, wenn er auf dem 16. Parteitag der CDU dazu feststellte: „Wachsender Wohlstand verleitet manchen Bürger, recht sorglos mit Nahrungsmitteln umzugehen. Wir wenden uns entschieden dagegen, daß unser tägliches Brot vergeudet wird. Das ist nicht nur volkswirtschaftliche Unvernunft, sondern verbietet sich für uns auch aus ethischen Gründen.“

Das Brot spielt auch zukünftig eine dominierende Rolle für eine gesunde Ernährung. Im Vordergrund steht dabei die richtige Kombination mit Gemüse, Obst, Kartoffeln und Hülsenfrüchten sowie Milcherzeugnissen, Eiern und magerem Fleisch. Dafür sollte der Verzehr von fettem Fleisch, tierischen Fetten, Zucker, Kochsalz und höherprozentigem Alkohol eingeschränkt werden. Sicher ist das einfacher geschrieben als realisiert, zumal es langfristig herausgebildete Ernährungsgewohnheiten gibt. Die Nahrungsgüterproduktion muß dem Rechnung tragen, indem sie annehmbare Alternativen schafft, d. h. qualitativ hochwertige Nahrungsmittel mit geringem Energiegehalt und guten Geschmackseigenschaften in ansprechender Form anbietet.

Eine große Verantwortung für eine gesunde Ernährung trägt schließlich jeder Bürger selbst, denn er entscheidet darüber, was und wieviel er isst und trinkt. In letzter Zeit gibt es

Anzeichen für eine stärkere Hinwendung zu einer gesundheitsbewußten Ernährungsweise. Wie soziologische Untersuchungen belegen, sind mehr als 80 Prozent bestimmter Bevölkerungsgruppen der Auffassung, daß vom Warenangebot her die entsprechenden Voraussetzungen vorhanden sind, um sich gesund ernähren zu können. Nicht nur unter christlichen Bürgern wird darüber gesprochen, daß Bedürfnisse, die einen physiologischen Grenzwert erreicht haben, wie z. B. der Fleischverbrauch bei uns, nicht weiter als „ständig steigende Bedürfnisse, die befriedigt werden müssen“, deklariert werden sollten. Bedürfnisse sind erziehbar und durch Vorbildwirkung auch erlernbar.

Wir sind hier auch von unserem christlichen Ethos her angesprochen. „Deshab möchte ich mich“, schreibt der Heilige Vater in seiner Enzyklika über die soziale Sorge, „an alle wenden, an Frauen und Männer ohne Ausnahme, daß sie, überzeugt vom Ernst des gegenwärtigen Augenblickes und der jeweiligen Verantwortung eines jeden – mit ihrem persönlichen und familiären Lebensstil, durch die Art des Gebrauchs ihrer Güter, durch ihre Mitwirkung als Bürger, mit ihrem Beitrag zu den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen und mit ihrem Einsatz auf nationaler und internationaler Ebene – die von Solidarität und vorrangiger Liebe zu den Armen inspirierten Maßnahmen verwirklichen.“

3. Die Welternährungsfrage – ein gesellschaftliches Problem

Seit den sechziger Jahren wurden verstärkt Anstrengungen unternommen, die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern zu stimulieren. Die Einführung ertragssteigernder Technologien wie Düngung, Bewässerung, verbesserter Pflanzen- und Vorratsschutz sowie die Anwendung neuer Hochleistungsgetreidesorten führten in einigen Ländern zu z. T. aufsehenerregenden Ertragssteigerungen. Einige wissenschaftlich-technische Leistungen haben unbestritten ihre Bedeutung für die Welternährung. Die entwickelte Maissorte Opaque-2 hat ein so günstiges Aminosäurenmuster, daß Kinder, die Maisfladen aus Opaque-2 verzehren, die gleiche Entwicklung nehmen wie sonst bei einer Diät aus Normalmais plus Milch. Zwar bringt diese Sorte nur 70 Prozent des Ertrages wie normaler Mais, das ist jedoch bei direktem Einsatz in der menschlichen Ernährung immer noch bedeutend mehr als eine nur 20prozentige Ausnutzung des

Futtergetreides für die Fleischproduktion. Heute ist der Opaque-2 in allen Getreidezuchtgärten der Erde, auch in Gatersleben und Bernburg, zu finden und wird anteilig bei der Hybridisierung zur Erhöhung des Proteingehaltes der Maiskörner genutzt.

Nicht weniger erfolgreich waren die Züchtungserfolge proteinreicher Weizensorten. Durch die Einführung ertragreicherer Sorten konnten z. B. die Reiserträge auf den Philippinen und die Getreideerträge in Indien soweit gesteigert werden, daß eine Produktion von 200 kg Getreide pro Kopf und Jahr erreicht und damit die Mindestschwelle bei vegetabiler Ernährung überschritten wurde. Das ist eine großartige Leistung.

Prokapitalistische Versuche

Mit Hilfe dieser „grünen Revolution“ sollten ohne tiefgreifende sozialökonomische Umgestaltungen Not, Hunger und Armut gebannt werden. Indien z. B. konnte 1979 und 1980 soviel Getreide ernten, daß die zahlungsfähige Nachfrage im Lande gedeckt wurde. Doch 40 Prozent der Bevölkerung war zu arm, um ausreichend Lebensmittel zu kaufen. Die Lösung des Problems Hunger in Entwicklungsländern setzt folglich neben der Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln auch tiefgehende Veränderungen in den Produktionsverhältnissen voraus.

Mit der Einführung des Hohertragssaatgutes nahm der Monokulturcharakter der Landwirtschaft in einigen Ländern mit allen sich daraus ergebenden ökologischen Folgen zu. Lokale Produktionssortimente, die der Bedarfsdeckung der breiten Bevölkerungsschichten am besten entsprachen, wurden dabei zurückgedrängt. Beispiele dafür wurden bereits gegeben. Die „grüne Revolution“ hat die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von kapitalistischen Ländern weiter verstärkt. Sie wurden nun überdies abhängig von der Lieferung des notwendigen Saatgutes, von Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln und moderner Technik. Die jährlich ausgewiesenen Geldsummen für Entwicklungshilfe werden vom Geldrückfluß in Form von Kredittilgung und Zinsen weit übertroffen.

Bei kapitalistischen Kreditgebern dominieren private Kredite, die im Durchschnitt zu 18 Prozent Zinsen und einer Laufzeit von weniger als 9 Jahren vergeben werden. Der brasilianische Bischof Claudio Hummes erklärte auf dem europäischen ökumenischen Dialogtreffen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in Assisi, daß sein Land bis 1991 zweimal so viel zurückgezahlt haben wird, als es Kredite

aufgenommen hat. Die ungerechten Zinssätze führen jedoch zu weiteren Schuldzahlungen. Wenn wir heute von Gerechtigkeit sprechen, dann ist auch die fragwürdige Berechtigung der geldgebenden kapitalistischen Staaten zu überprüfen, auf Dauer Zinsen ziehen zu wollen und auf Kosten der Ärmsten in dieser Welt überdurchschnittlich gut zu leben. Zur Beschaffung von Krediten, zur Tilgung von Schulden und zur Bezahlung hoher Zinsen werden viele Entwicklungsländer zum Verkauf oder zur Verpfändung ihrer Naturreichtümer gezwungen – von den Bodenschätzen bis zu den Wäldern.

In der bereits zitierten Rede auf der VII. Gipfelkonferenz in Delhi schätzte Fidel Castro die Entwicklung wie folgt ein: „Die Modernisierung der Landwirtschaft in bestimmten Teilen der dritten Welt in Anwendung der wissenschaftlichen Fortschritte, aber ohne die inneren und äußeren sozialökonomischen Strukturen zu verändern, die den Ausgangspunkt der landwirtschaftlichen Rückständigkeit darstellen, war eine klare Demonstration des wissenschaftlich-technischen Sieges und gleichzeitig des Scheiterns auf sozialökonomischem Gebiet. Sie machte deutlich, daß die landwirtschaftlichen Probleme und die Probleme des Hungers nicht nur technisch-produktiver Natur sind, sondern daß sie die Ursachen vor allem in den sozialen und Herrschaftsstrukturen haben.“

Progressive Umgestaltungen

Grundsätzliche Voraussetzung für die Überwindung dieser Strukturen ist die Durchsetzung einer alle gesellschaftliche Bereiche erfassenden Umgestaltung. Dazu gehören u. a. folgende Faktoren:

- Eine tiefgreifende Bodenreform, die Millionen Menschen Selbstvertrauen gibt und deren Initiative fördert,
- Brechung des Einflusses der transnationalen Monopole und Herstellung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die auf gleichberechtigten Wirtschaftsbeziehungen zwischen kapitalistischen und Entwicklungsländern beruht und eine nationale Wirtschaftsentwicklung der Entwicklungsländer fördert,
- Aufbau einer Volksbildung und einer industriellen Basis bei besonderer Förderung des staatlichen Sektors.

Die sozialistischen Staaten unterstützen die Entwicklungsländer im Kampf um eine Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Sie treiben erfolgreich Handel mit über 100 Entwicklungsländern. Seit 1971 schloß allein die DDR mit ihnen mehr als 350 Staatsverträge und Abkommen. 1978 betrug die Gesamtsumme langfristiger Kredite der RGW-Mit-

gliedsländer 15 Milliarden Rubel, die mit einem Zinssatz von 2,5 Prozent und einer Laufzeit von 10 bis 15 Jahren zu 70 Prozent zur Finanzierung von Industrieobjekten eingesetzt wurden. 1980 wurden mehr als 40 000 Menschen aus Entwicklungsländern an Hochschulen in RGW-Ländern ausgebildet und 32 Hoch- und Fachschulen mit Unterstützung von RGW-Mitgliedsländern dort aufgebaut. Mehr als 500 Betriebe der Leicht- und Nahrungsgüterindustrie sind bis 1982 von Spezialisten aus RGW-Ländern aufgebaut worden. Die materielle und finanzielle Hilfe der DDR hatte 1986 einen Umfang von über 2,24 Milliarden Mark erreicht, was 0,89 Prozent des im gleichen Jahr produzierten Nationaleinkommens entsprach. Diese Unterstützung durch die sozialistischen Staaten stärkt die Entwicklungsländer bei der Lösung von neokolonialen Fesseln, beim Aufbau nationaler Wirtschaften und der Durchsetzung von Agrarreformen.

Hier liegt zugleich der wichtigste Ansatzpunkt für den persönlichen Beitrag des einzelnen zu mehr Gerechtigkeit. Wenn gefragt wird, was der einzelne DDR-Bürger tun kann, so wäre zu bedenken, daß die staatlichen und gesellschaftlichen Hilfsleistungen ja nicht zuletzt auf der eigenen Leistungsfähigkeit unseres Landes beruhen und wirtschaftliche Stabilität erfordern. Dazu kann jeder im Berufsleben Stehende erheblich beitragen.

Aber Geben und Teilen im ganz direkten Sinne ist gleichfalls jedem möglich: im regelmäßigen Solidaritätsbeitrag, über „Brot für die Welt“ oder „Not in der Welt“ ebenso wie in der Beteiligung an einzelnen Solidaritätsaktionen im gesellschaftlichen wie im kirchlichen Raum, die einen konkreten Anlaß oder Adressaten haben. Aber vergessen wir bitte nicht die Zehntausende ausländischer Mitmenschen, die hier in unserem Lande leben, studieren und arbeiten. Unser Verhalten jedem einzelnen von ihnen gegenüber ist Prüfstein, wie ernst es uns mit gleicher Achtung und gleichen Rechten ist. Es gibt manchen Anlaß, dies einigen Mitbürgern ins Gedächtnis und ins Gewissen zu rufen.

Frieden und Abrüstung – Voraussetzungen für Entwicklung

Die Lösung der Ernährungskrise in den Entwicklungsländern ist untrennbar mit den Fragen der Friedenssicherung und dem Abbau der militärischen Konfrontation verbunden. 1963 schrieb Johannes XXIII. in seiner Enzyklika „Pacem in terris“ zur Abrüstung: „Andererseits sehen wir nicht ohne Schmerz, daß in den wirtschaftlich gut entwickelten Staaten

ungeheure Kriegsrüstungen geschaffen wurden und noch geschaffen werden und daß dafür die größten geistigen und materiellen Güter aufgewendet wurden. So kommt es, daß, während die Bürger dieser Nationen keine geringen Lasten zu tragen haben, andere Staaten, die sich wirtschaftlich und sozial entwickeln sollten, der notwendigen Hilfeleistungen entbehren... Und doch muß man sich immer wieder vor Augen halten, daß man jenen Völkern so zu Hilfe kommen muß, daß sie ihre Freiheit unversehrt wahren können.“*

In der Enzyklika „Über den Fortschritt der Völker“ unterstrich Papst Paul VI. diese Forderungen: „Wir verlangten in Bombay die Errichtung eines großen Weltfonds, der durch einen Teil der für militärische Zwecke ausgegebenen Gelder aufgebracht werden sollte, um den Allerärmsten zu helfen... Wer sähe nicht, daß ein solcher Fonds manche Vergeudung, die aus Furcht oder Stolz geschieht, verhindern würde? Wenn so viele Völker Hunger leiden, wenn so viele Familien in Elend sind, wenn so viele Menschen in Unwissenheit dahingleben, wenn so viele Schulen, Krankenhäuser, richtige Wohnungen zu bauen sind, dann ist jede öffentliche und private Vergeudung, jede aus nationalem oder persönlichem Ehrgeiz gemachte Ausgabe, jedes die Kräfte erschöpfende Rüstungsrennen ein unerträgliches Ärgernis. Wir müssen das anprangern!“**

20 Jahre später zitiert Papst Johannes Paul II. diesen Satz in seiner Enzyklika über die soziale Sorge und fordert, daß die materiellen und geistigen Mittel, die jetzt für eine zerstörerische Kriegsmaschinerie vergeudet werden, menschenwürdiger für den sozialen und kulturellen Fortschritt der Völker eingesetzt werden sollen.

Diese Erkenntnis, daß es ohne Abrüstung nicht zu einer Verbesserung der Lage der „Dritten Welt“ kommen könne, veranlaßte die sozialistischen Länder, im August 1987 auf der von der UNO einberufenen „Internationalen Konferenz über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung“ ein Konzept „Abrüstung für Entwicklung“ vorzulegen. Die darin enthaltenen Vorschläge sehen u. a. vor, einen Teil der im Ergebnis von Rüstungsbegrenzung und Abrüstung freiwerdenden Mittel für die Entwicklungsländer zu nutzen. Alle bedeutenden Militärmächte, einschließlich der ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates, sollten sich in ausgewogener Weise an der Zurverfügungstellung so gewonnener Ressourcen be-

teiligten. Der Unterstützung der am wenigsten Entwickelten und der von Naturkatastrophen betroffenen Länder komme Priorität zu. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, im Rahmen der UNO einen Fonds „Abrüstung für Entwicklung“ zu schaffen, der für alle Staaten offensteht.

Wieviel Gutes ließe sich mit diesen Geldern bewirken! Die Möglichkeiten wurden von Gerald Götting auf dem 16. Parteitag der CDU an Hand von Zahlen erläutert: „Etwa 1 Billion Dollar beträgt heute die Rüstungslast, die jährlich auf der Menschheit liegt. Genauso hoch ist die Schuldenlast der Entwicklungsländer! Nur 100 Milliarden Dollar wären nötig, um 40 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen, und nur 5 Millionen Dollar, um 43 Millionen Hektar Land zu bewässern. Schon 6 Milliarden Dollar würden ausreichen, um die dringendsten Probleme der Trinkwasserhygiene zu lösen, und 50 Milliarden, um allen Menschen die lebenswichtigsten Medikamente zu verschaffen. Jährlich 21 Milliarden Dollar würden genügen, um Schulbildung für alle Kinder zu sichern und das Analphabetentum zu überwinden, und 150 Milliarden Dollar im Jahr, um binnen kurzem für jeden obdachlosen Erdbewohner eine Wohnung zu bauen. Notwendig ist dafür nur eins: die Abkehr von imperialistischer Hochrüstung und Konfrontation – die Hinwendung zu einer Politik, die sich zum Ziel setzt, den Krieg ein für allemal aus dem Leben der Menschheit zu verbannen.“

Diese sichere Welt werden die sozialistischen Länder mit den kapitalistischen und den Entwicklungsländern gemeinsam bauen müssen. Millionen friedliebender Menschen guten Willens sind bereit, dabei mitzuhelfen. Sie haben sich bereits heute zusammengeschlossen in der Bewegung gegen die nukleare Gefahr, in Bewegungen für den Umweltschutz und gegen die Rassendiskriminierung. Nach einer Analyse der Welt-situation auf der Festsitzung anlässlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution am 2. November 1987 gab Michail Gorbatschow folgenden Ausblick: „Das grundsätzlich Neue der internationalen wirtschaftlichen und politischen Prozesse unserer Zeit ist in der Tat noch nicht restlos erkannt und erschlossen. Aber man wird dazu kommen müssen, denn die Prozesse, die sich entfaltet haben, besitzen die Kraft eines objektiven Gesetzes. Entweder der Zusammenbruch oder gemeinsame Suche nach einer neuen Wirtschaftsordnung, bei der den Interessen der einen, der anderen und der dritten (Welt) auf gleichberechtigter Grundlage Rechnung getragen wird. Der Weg zur Errichtung einer solchen Ordnung ist, wie es jetzt erscheint, sichtbar: Das ist die Realisierung der Konzeption Abrüstung für Entwicklung.“

* Hefte aus Burgscheidungen Nr. 96, S. 34, 36

** Hefte aus Burgscheidungen Nr. 160, S. 42

Hier treffen sich die Aussagen der Kommunisten mit denen der Kirchen und aller fortschrittlichen Kräfte der Welt. Auch bei der Lösung der Probleme des Hungers und der Welternährung muß sich ihre gemeinsame Arbeit bewähren.

In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 238 Krieg und Frieden im Atomzeitalter – Botschaft des Heiligen Synod der Russischen Orthodoxen Kirche
- 239 Günter Wirth, Schweitzers tätige Humanität – Eine Analyse seiner Goethe-Studien
- 240 Werner Wünschmann, Aus christlicher Ethik und Tradition – Christliche Künstler in der sozialistischen Gesellschaft
- 241 Wolfgang Heyl, Einklang von Rationalität und Humanität – Zu sozialetischen Aspekten der Volkswirtschaft der DDR
- 242 Carl Ordnung, Verantwortung für Frieden und Wohlfahrt der Völker – Die Aktualität des Darmstädter Wortes von 1947
- 243 Christliche Existenz im sozialistischen Staat – Zeugnisse zu Weg und Wirken von Christen in der Welt
- 244 Gerhard Fischer, Albert Schweitzer heute – Die Aktualität seiner Ethik und der Fortgang seines Werkes in Lambaréné
- 245 Erhard Geißler, Den Schöpfer spielen? – Ethische Fragen der Gentechnologie
- 246/7 Zeittafel zur Geschichte der CDU 1945–1987
- 248 Joachim Graf, Option für die Armen – Zum Hirtenbrief der katholischen Bischofskonferenz der USA „Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle“
- 249 Lothar Oppermann, Für das Wohl unserer Kinder – Zu aktuellen schulpolitischen Aufgaben
- 250 Hans-Dieter Döpmann, 1 000 Jahre Russische Orthodoxe Kirche – Ein Abriß ihrer Geschichte vom Heiligen Wladimir bis zur Gegenwart
- 251 Peter Tille, Ernst Barlach – Eine Skizze seines Lebens und Wirkens
- 252 Carl Ordnung, Friede – Verheißung und Auftrag – Zum 30. Jahrestag der Christlichen Friedenskonferenz
- 253/4 Dietmar Czok, Nutzen und Haushalten – Christliche Demokraten für Landeskultur und Umweltschutz
- 255 Günter Wirth, Die deutsche evangelische Kirche und die Novemberrevolution – Eine kritische Untersuchung
- 256 Hans-Hinrich Jenssen, Schöpfung durch Entwicklung – Darwinismus und christlicher Glaube
- 257 Renate Oschlies, Zum Beispiel Fritz Selbiger – Zeugen und Zeugnisse zur faschistischen Judenverfolgung

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin